

Grundsatzprogramm der Jungen Union Potsdam-Mittelmark

*vom Kreisvorstand am 15. April 2021 einstimmig angenommen
beschlossen durch die Mitgliederversammlung am 04. Mai 2021*

Inhaltsverzeichnis

1. Demographische Entwicklung.....	2
2. Infrastruktur.....	3
3. Wohnungsbau.....	4
3.1. Private Investitionen.....	5
4. Klima- und Umweltschutz.....	6
5. Landwirtschaft.....	7
6. Wald- und Gewässerschutz.....	8
6.1. Gewässerschutz.....	8
6.2. Waldschutz.....	8
7. Innere Sicherheit.....	9
7.1. Exekutive.....	9
7.2. Rechtsstaat und Extremismus.....	9
7.3. Justiz.....	9
7.4. Bundeswehr im Inneren.....	10
8. Außen- und Europapolitik.....	11
9. Finanzen und Wirtschaft.....	12
9.1. Finanzen.....	12
9.2. Wirtschaft.....	12
10. Energiepolitik.....	13
11. Bildung und Wissenschaft.....	14
11.1. Grundsätzliches.....	14
11.2. Frühkindliche Bildung.....	14
11.3. Schule.....	14
11.4. Ausbildung.....	15
11.5. Wissenschaft und Forschung.....	15
12. Kommunales.....	16
12.1. Kommunale Daseinsvorsorge.....	16
12.2. Haushalt der Kommunen.....	16
12.3. Interregionale Zusammenarbeit.....	16
13. Digitalisierung.....	17
13.1. Digitale Verwaltung.....	17

1 **Demographische Entwicklung**

2 Unser Landkreis Potsdam-Mittelmark ist 2.592 km² groß und die Heimat für über 200.000
3 Brandenburger. Damit zählt Potsdam-Mittelmark nicht nur zu den größeren Landkreisen des
4 Bundesgebiets, sondern ist auch der einwohnerreichste Kreis in Brandenburg. Diesen
5 Umstand verdanken wir der guten geographischen Lage, direkt an den beiden Städten
6 Potsdam und Berlin, dessen überregionale Bedeutung wohl auch in Zukunft eine wichtige
7 Rolle für den Landkreis spielen wird. Die Gemeinden im Speckgürtel Berlins stoßen
8 mittlerweile an ihre Kapazitätsgrenze, sodass sich das demografische Wachstum zukünftig auf
9 die bisher peripheren Räume konzentrieren wird.

10

11 Deshalb ist es uns wichtig, nicht nur den Speckgürtel nahen Gemeinden Aufmerksamkeit zu
12 schenken, sondern auch die ländlicheren Gegenden zu berücksichtigen und vorausschauend
13 zu handeln. **Die ländlichen Gemeinden sind, in einer zunehmend digitalisierten Welt, das**
14 **Zuhause von morgen.** Umso wichtiger ist es die Kraft und das Wachstum des Landkreises
15 ausgewogen auf den ganzen Kreis zu verteilen.

16

17 Die meisten Arbeitgeber¹ und Hochschulen befinden sich jedoch außerhalb des Landkreises.
18 Dadurch sind die meisten jungen Menschen gezwungen, nach Beendigung der Schule,
19 wegzuziehen. Dem kann entgegengewirkt werden, indem die verkehrliche und soziale
20 Infrastruktur verbessert wird. Potsdam-Mittelmark ist ein Landkreis mit viel Potential, das nur
21 darauf wartet von uns genutzt zu werden.

¹ Zur besseren Leserfreundlichkeit wird in dem Grundsatzprogramm durchgängig das generische Maskulinum verwendet. Bei allen Formulierungen sind alle Geschlechter inbegriffen.

22 **Infrastruktur**

23 Die Infrastruktur des individualen und öffentlichen Personennah- und fernverkehrs ist
24 unterschiedlich gut ausgebaut. Der Landkreis ist mit mehreren Autobahnen und Bundes-,
25 sowie Landesstraßen gut vernetzt. Wenn man jedoch aus unterschiedlichsten Gründen den
26 Individualverkehr nicht nutzen kann oder möchte, wird die Fortbewegung innerhalb und aus
27 dem Landkreis heraus in manchen Fällen schwierig.

28

29 Die **Linien der Regionalbahnen** verlaufen, wenn überhaupt, nur über Berlin. Eine Anbindung
30 über Potsdam erfolgt lediglich über Werder. Die S-Bahn dringt zumindest etwas weiter in den
31 Speckgürtel vor, ein annähernd flächendeckendes Schienennetz ist jedoch etwas anderes.
32 Damit ist das einzige öffentliche Fortbewegungsmittel der Bus.

33

34 Wir fordern einen **Ausbau des Öffentlichen Nah- und Fernverkehrs**. Dies kann kurz- und
35 mittelfristig mit besseren Taktungen der Regionalbahnen zu den Stoßzeiten realisiert werden.
36 Auch können **Rufbusse** und alternative **Carsharing-Modelle** die Lücken des öffentlichen
37 Verkehrs überbücken. Unser Ziel ist es den öffentlichen Nahverkehr mit dem Individualverkehr
38 konkurrenzfähig zu machen, statt durch Beschränkungen Autofahrer dazu zu zwingen, auf
39 eine schlechte öffentliche Infrastruktur ausweichen zu müssen.

40

41 Aber auch bei der Planung und dem Ausbau von Straßen gibt es Potential nach oben. Oftmals
42 entstehen Nadelöhre, wenn mehrere Ausbauprojekte von Straßen gleichzeitig stattfinden.
43 Hier bedarf es einer besseren überregionalen Koordination, um große Stauaufkommen zu
44 vermeiden. Die Infrastruktur des Personennahverkehrs ist eine Thematik die viel Voraussicht
45 und Offenheit gegenüber futuristischen Lösungsansätzen verlangt. Umso wichtiger ist es mit
46 den eigenen Erfahrungen mitzuwirken und aktiv Lösungsansätze zu entwickeln.

47

48 Fernerhin setzen wir uns dafür ein, **Autonomes Fahren** in unserem Landkreis für den privaten
49 und öffentlichen Gebrauch in die Praxis umzusetzen. Ein verbessertes Rufbus-System soll
50 Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich auch zu Randzeiten besser fortbewegen zu können.
51 Desweiteren fordern wir die Verbesserung der Umsteigmöglichkeiten von Auto und Fahrrad
52 auf Bahn und Bus. **Fahrradparkhäuser** und ein ausgebauter **P+R Angebot** sollten in
53 unserem Landkreis verstärkt in den Blick genommen und realisiert werden.

54 Wohnungsbau

55 Die Junge Union fordert ein deutlich proaktiveres Vorgehen der Städte und Gemeinden
56 beim Wohnungsbau in Potsdam-Mittelmark. Wohnen ist auch in Potsdam-Mittelmark zur
57 neuen sozialen Frage geworden und betrifft längst nicht mehr nur die Berlin-nahen
58 Gemeinden.

59
60 Zu allererst muss stärker ins Bewusstsein, dass es sich beim Wohnungsbau um eine
61 gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt. Senioren, Jugendliche, Singles, junge Familien: alle
62 brauchen Wohnraum. Daher dürfen die Generationen in dieser sozialen Frage nicht
63 gegeneinander ausgespielt werden. Die Miet- und Eigentumspreise sind mittlerweile so stark
64 gestiegen, dass selbst der Mittelstand Schwierigkeiten hat, Wohnungen zu einem bezahlbaren
65 Preis zu finden. Der **Siedlungsdruck**, vor allem durch den Zuzug aus Berlin, verlagert sich
66 von den „Speckgürtel“-Gemeinden auf die ländlicheren Regionen, da im Berlin-nahen Raum
67 kaum freie Bauflächen zur Verfügung stehen und anderswo die Grundstückspreise geringer
68 sind. Der Zuzug erfordert zudem eine leistungsfähige Infrastruktur auf Kreis- und
69 Gemeindeebene. Vor dem Hintergrund einer alternden Gesellschaft – in Potsdam-Mittelmark
70 wächst die Bevölkerung über 65 bis 2030 um mehr als 56 % – wächst auch die Nachfrage
71 nach **barrierefreien Wohnungen**.

72 Um Antworten auf diese Probleme zu finden, fordert die Junge Union Potsdam-Mittelmark ein
73 **Bündel von Maßnahmen, die von den Kommunen, dem Landkreis, dem Land**
74 **Brandenburg und der privaten Hand umgesetzt werden sollen**. Nur so lässt sich eine
75 nachhaltige Wohnungspolitik realisieren. Dabei müssen die Probleme koordiniert,
76 überregional und flächendeckend in Potsdam-Mittelmark angegangen werden.

77

78 **Das bedeutet für die Gemeinden:**

- 79 • **Ausweisung weiterer Baugebiete** für Eigentum- und Geschosswohnungsbau, um
80 dem wachsenden Marktdruck und der Preissteigerung des Grund und Bodens
81 entgegen zu wirken;
- 82 • Förderung alternativer Wohnformen wie z. B. eines **Mehrgenerationenhauses**, das
83 den sozialen Aspekt des Wohnens in einer Kommune berücksichtigt;
- 84 • zurückgreifen auf etablierte und bewährte Konzepte wie **Mehrfamilienhäuser und**
85 **Mietwohnungen in lockerer Bauweise**, sodass sich die Neubauten auch in den
86 Charakter des Ortes einfügen;
- 87 • die Kommunen sollten in Betracht ziehen, ob eine **Gründung oder Stärkung einer**
88 **bestehenden kommunalen Wohnungsbaugesellschaft** dabei helfen kann, die
89 Bemühungen bei der Schaffung von Wohnraum zu unterstützen und zu koordinieren.

90

91 **Für den Landkreis fordert die Junge Union Potsdam-Mittelmark:**

- 92 • Potsdam-Mittelmark muss als bevölkerungsreichster Landkreis in Brandenburg eine
93 Vorreiterrolle einnehmen und den Wohnungsbau der Kommunen koordinieren. Dabei
94 soll nicht in die Planungshoheit der Kommunen eingegriffen werden. Vielmehr soll der
95 Landkreis eine **Koordinierungs- und Vermittlerfunktion** übernehmen und den
96 Austausch der Gemeinden in dieser Frage fördern. Insbesondere bei größeren
97 Bauvorhaben lassen sich so Synergieeffekte erzielen und sicherstellen, dass
98 überregionale Vorteile für alle entstehen.
- 99 • Desweiteren sollte der Landkreis eine **überörtliche Stelle** einrichten, die bei größeren
100 Bauvorhaben die Förderfähigkeit seitens des Bundes und des Landes prüft und die
101 Kommunen diesbezüglich mit Informationen versorgt. Die Frage der **Förderfähigkeit**
102 **eines Bauprojekts** ist für die Entscheidungsfindung vieler Kommunalpolitiker von
103 erheblicher Bedeutung und bindet in fast jeder Kommune eine Vielzahl von
104 Verwaltungsmitarbeitern. Das könnte mit einer Stelle des Kreises zusammengefasst
105 und der gesamte Prozess damit beschleunigt werden.
- 106 • Bei den Gemeinden wie auch beim Landkreis müssen **Verwaltungsakte wie**
107 **Baugenehmigungen, die Aufstellung von Bebauungsplänen und**
108 **Flächennutzungsplänen vereinfacht** werden. Darüber hinaus sollten die Leistungen

109 der Verwaltungen im Sinne einer schnellen Bearbeitung service-orientiert sein.
110 Dadurch ließe sich auch ein Standortvorteil für private Investitionen schaffen.

111

112 **Private Investitionen**

113 Am Negativbeispiel Berlin lässt sich förmlich ablesen, was in der Wohnungspolitik alles
114 schief laufen kann. Das wirkt sich nicht zuletzt auch auf die umliegenden brandenburgischen
115 Landkreise wie Potsdam-Mittelmark aus. **Die gescheiterte Wohnungspolitik Berlins sollten**
116 **wir als Chance für Potsdam-Mittelmark begreifen.** Um den enormen Wohnungsbedarf
117 bedienen zu können, braucht es privates Kapital. Daher fordern wir, dass auch private
118 Investoren stärker in den Problemlösungsprozess eingebunden und willkommen geheißen
119 werden. Um die Nachhaltigkeit eines Projekts sicherzustellen und nicht im Nachgang mit den
120 Problemen von schnellem, unbedachtem Wohnungsbau konfrontiert zu sein, fordern wir, dass
121 der jeweilige **Vorhabenträger sich auch an der Entwicklung der (sozialen) Infrastruktur**
122 **einer Gemeinde finanziell oder mit der Bereitstellung von städteplanerischem**
123 **Sachverstand beteiligen sollte.**

124 **Klima- und Umweltschutz**

125 Die Junge Union Potsdam-Mittelmark erkennt den menschengemachten Klimawandel mit
126 seiner Bedrohung für die globale Bevölkerung an. Wir sind davon überzeugt, dass ein
127 entschiedenes Handeln unerlässlich ist.

128
129 Ziel sollte es sein, die im Pariser-Klimaabkommen von 2015 festgelegten Ziele und ihre
130 Ergänzungen, bis 2030 und 2050 schnellstmöglich zu erreichen.

131
132 Wir wollen Potsdam-Mittelmark zu einem **Technologiestandort** machen, in dem nachhaltige
133 Technologien entwickelt, angewandt und weiterentwickelt werden. Uns ist dabei
134 **Technologieoffenheit** und schnelle Umsetzung die wichtigste Priorität.

135
136 Wir setzen uns dafür ein, **alternative Transportmöglichkeiten** für alle Menschen zugänglich
137 zu machen (z. B. durch P+R Möglichkeiten, Barrierefreiheit etc.). Vor allem der ÖPNV und
138 nachhaltige Fortbewegung steht dabei im Vordergrund. Diese alternativen müssen attraktiv
139 sein (z. B. Ladestationen für E-Autos, gut ausgebaute und sichere Fahrradwege). Dabei
140 möchten wir alle nachhaltigen Möglichkeiten unterstützen.

141
142 Der Mensch ist für den Fortbestand und Erhalt der **Natur** verantwortlich. Der Wald sowie
143 Gewässer, dürfen **nicht nur** als Wirtschaftsfaktor für den Menschen betrachtet, sondern
144 müssen als Ökosystem und als Lebensraum der Tiere angesehen und geschützt werden. Vor
145 allem der Zustand der Wälder als auch der Wasserstand unserer Gewässer in Potsdam-
146 Mittelmark sind besorgniserregend und bedürfen deshalb unseres Schutzes und politischer
147 Aufmerksamkeit.

148
149 Wir als Junge Union stellen uns dieser **Verantwortung** und möchten jedem Menschen ein
150 nachhaltiges Leben ermöglichen. Wir appellieren an jeden Bürger sein Handeln in Bezug auf
151 die Umwelt zu hinterfragen. Die Nutzung und der damit verbundene Eingriff in die Natur sind
152 aus wirtschaftlichen als auch strukturellen Gründen durchaus notwendig. Dafür müssen jedoch
153 ausreichende **Ausgleichsmaßnahmen** ergriffen werden.

154 **Landwirtschaft**

155 Wir stehen für eine zwischen Ökologie und Ökonomie ausgeglichene Landwirtschaft. Die
156 Landwirtschaft ist ein **Schlüsselfeld beim Klima-, Biodiversitäts- und Tierschutz**. Daher ist
157 es wichtig, die Landwirtschaft in alle im Zusammenhang mit diesen Themen stehenden
158 Vorhaben einzubinden. Wir setzen uns dafür ein, die deutsche und europäische
159 **Eigenversorgung** im Sinne des Klimaschutzes und der regionalen Wertschöpfung zu stärken.

160
161 Fernerhin setzen wir uns dafür ein, den Einsatz von **Pflanzenschutzmitteln** auf ein
162 notwendiges Mindestmaß zu beschränken. Die **Haltungsbedingungen von Tieren** müssen
163 weiter verbessert werden und die intensive Tierhaltung nach Möglichkeit abgeschafft werden.

164
165 Zu einem wirksamen Natur- und Tierschutz gehören auch die Entscheidungen der
166 Verbraucher. Gute Lebensmittel müssen etwas wert sein. Daher müssen die
167 **Lebensmittelpreise** in einem angemessenen Verhältnis zu ihren Herstellungskosten stehen.
168 Sogenannte Dumping-Preise, die insbesondere von großen Lebensmittelmarktketten
169 hervorgerufen werden, müssen durch den Gesetzgeber im Sinne einer nachhaltigen
170 Entwicklung unserer Landwirtschaft verhindert werden. Zudem sollte der
171 **Lebensmittelverschwendung** stärker entgegengewirkt und die Bürgerschaft stärker für
172 dieses Thema sensibilisiert werden.

173
174 Um mehr junge Menschen dazu zu bewegen, im Agrarsektor tätig zu werden, müssen wir die
175 Rahmenbedingungen für die Landwirte verbessern und zu einer höheren Wertschätzung der
176 Arbeit unserer Landwirte beitragen.

177
178 Die Flächen für die Landwirtschaft sind in ausreichendem Maß planungsrechtlich zu sichern,
179 um eine nachhaltige Entwicklung unseres heimatlichen Landschaftsraumes sicherzustellen
180 und landwirtschaftlichen Betrieben genügend Platz für eine extensive Tierhaltung zu geben.

181 **Wald- und Gewässerschutz**

182 **Gewässerschutz**

183 Gewässerschutz bedeutet Heimatschutz. Insbesondere mit Blick auf austrocknende Seen und
184 sinkendem Grundwasserspiegel treten wir für einen **wirksamen Gewässerschutz** ein. Hierbei
185 kommen den kommunalen Wasserverbänden eine besondere Bedeutung zu. Unsere
186 heimischen Gewässer sind besonders dann gefährdet, wenn sich wasserintensive Industrien
187 ansiedeln. Bei industriellen Niederlassungen müssen die Belange des Gewässer- und
188 Wasserschutzes stärker als bisher in die Überlegungen mit einbezogen werden. Im Zweifel
189 steht der Schutz unserer Gewässer vor dem wirtschaftlichen Nutzen einer solchen Ansiedlung.

190

191 **Waldschutz**

192 Der Zustand des deutschen Waldes verschlechtert sich in den letzten Jahren beträchtlich, wie
193 mit Blick auf Bestand und Baumkronendichte festzustellen ist. Dies hat neben regionalen
194 Umwelteinflüssen auch mit dem Klimawandel zu tun. Der Wald sollte **klimaresistent**
195 **umgebaut** werden, ohne aber **heimische Baumarten** durch fremde Arten gänzlich zu
196 verdrängen. Zudem bedarf es der Ausweisung weiterer Waldflächen, um auch den im Wald
197 lebenden Lebewesen ein Zuhause zu bieten. Die Ausweisung von Ausgleichsflächen im Zuge
198 von (raumintensiven) Baumaßnahmen ist ein wichtiger Baustein bei einer langfristigen
199 Entwicklung unseres Landschaftsraumes und sollte noch stärker forciert werden. Zudem
200 sollten die Bürger stärker in die Naturschutzmaßnahmen eingebunden werden, etwa durch
201 Baumpatenschaften.

202 **Innere Sicherheit**

203 **Leitsatz**

204 „Ein Staat, der die Sicherheit seiner Bürger nicht mehr garantieren kann, verliert sein
205 Existenzrecht.“

206

207 Um die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten, ist eine unmittelbare Zusammenarbeit der drei
208 Pfeiler der Demokratie unabdingbar.

209

210 **Exekutive**

211 Gefahrenabwehr und Strafverfolgung stellen einen wesentlichen Teil der Tätigkeit von Polizei
212 und Staat dar. Die Gewährleistung eines sicheren Zusammenlebens erfordert das
213 Gewaltmonopol auf der Seite des Staats und dessen Exekutive sowie eine ausreichende
214 Anzahl an Mitarbeitern, welche angemessen vergütet werden sollten, um die Attraktivität des
215 Berufs aufrecht zu erhalten und unser Land sicherer zu machen.

216

217 Die Respektlosigkeit gegen Polizei und Staat ist großes Problem und muss schnellstmöglich
218 angegangen werden, um das **Ansehen der Beamten** wieder in dem Maße herzustellen, wie
219 es für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlich ist. Die Person des Polizisten sollte eine
220 Respektsperson sein, an die man sich immer wenden kann und die immer für einen da ist.

221

222 Daher müssen die Beamten der Sicherheitsbehörden unserer Meinung nach auch mit den
223 **neuesten Führungs- und Einsatzmitteln** ausgestattet werden. Die Möglichkeiten zur
224 Verbesserung müssen nach Haushaltslage voll ausgeschöpft werden dürfen. Die veraltete
225 Infrastruktur der Polizei, etwa an früheren Bevölkerungszahlen ausgerichtete Reviere, das
226 veraltete Funknetz etc. sind schädlich für das Ansehen und die Akzeptanz unserer Beamten.

227

228 **Rechtsstaat und Extremismus**

229 Die Rechtsstaatlichkeit ist die Grundlage des sozialen Miteinanders und darf in keiner Weise
230 angetastet werden. Dazu muss klar der Opfer- vor dem Täterschutz stehen. Im Zweifel muss
231 der Sicherheit daher Vorrang eingeräumt werden und Kriminellen muss mit einer „Null
232 Toleranz“-Strategie begegnet werden.

233

234 Extremismus hat in unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft keinen Platz. Sowohl
235 gegen den Linksextremismus als auch gegen den Rechtsextremismus oder den religiösen
236 Fanatismus muss unser Land mit allen Mitteln vorgehen. Unser Leitgedanke ist die Toleranz
237 und Akzeptanz gegenüber jedem. Wir setzen uns für eine möglichst frühe politische Aufklärung
238 in den Schulen und darüber hinaus ein, um extremistische Tendenzen in unserer Gesellschaft
239 frühzeitig zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken.

240

241 **Justiz**

242 In einem demokratischen Rechtsstaat ist es nötig, dass das Volk zur Justiz **Vertrauen** hat,
243 deshalb gilt: vor dem Gesetz sind alle gleich, keine Willkür, sondern Transparenz.

244

- 245 • Entlastung der Gerichte
- 246 • Ausstattung der Gerichte
- 247 • Gefängniswesen

248

249 In den letzten Jahren hat das Internet eine so große Rolle in unserem alltäglichen Leben
250 eingenommen, dass wir für die Sicherheit im Netz mehr Verantwortung übernehmen müssen.
251 Spezielle Einheiten der Polizei oder anderer Behörden für die Überwachung des Internets und
252 eine internationale Zusammenarbeit sind erforderlich, um das **Gewaltmonopol sowohl**
253 **offline als auch online** zu gewährleisten.

254 **Bundeswehr im Inneren**

255 Dem Beruf des Soldaten und dessen Einsatz für sein Land sollte mit gebührendem Respekt
256 behandelt werden, denn ein Soldat ist nicht nur ein Kämpfer mit Waffe, der im Ausland agiert,
257 sondern auch ein **Helfer bei Notsituationen und Umweltkatastrophen** im Inland. Dieser
258 Einsatz im Inland ist durch den Artikel 35 und Artikel 87a im Grundgesetz verankert und ist ein
259 wesentlicher Teil der Gefahrenabwehr in unserem Land. In Notsituationen sollte die
260 Bundeswehr auch die nötigen Befugnisse erhalten, um bei Terrorlagen etc. zu unterstützen
261 und uns vor drohenden Gefahren in Zusammenarbeit mit der Polizei und weiteren Sicherheits-
262 und Katastrophenschutzbehörden zu schützen.

263 **Außen- und Europapolitik**

264 Außenpolitik/Diplomatie, Verteidigungspolitik/Militär, Außenwirtschaftshandeln,
265 Entwicklungszusammenarbeit, Menschenrechtspolitik bilden nur zusammen die Aspekte einer
266 **kohärenten Sicherheitspolitik** ab. Nur mit einem vernetzten Handeln können die Ziele
267 unseres Außenhandelns erreicht werden. Diese Vernetzung muss aus Sicht der JU wo immer
268 möglich im **europäischen Rahmen** stattfinden. Sie findet noch zu wenig statt, denn
269 gemeinsames Vorgehen lebt auch von einer klaren und ehrlichen Zielsetzung des
270 Außenhandelns.

271
272 Für die Junge Union Potsdam-Mittelmark steht fest, dass das deutsche Außenhandeln
273 **werteorientiert** und im Zweifelsfall **intervenierend** sein muss. Stabilität ist kein Selbstzweck.
274 Dort, wo nur scheinbar Recht herrscht, wo Menschenrechte systematisch verletzt und
275 Freiheitsrechte unterdrückt werden, hat Deutschland im Nachhinein zu oft einen hohen Preis
276 für sein Stillhalten bezahlt und letztlich seinen eigenen Interessen geschadet. Dazu gehört
277 explizit die Migrationspolitik, ebenso wie die strategische Überlegung, wie man dem Aufstieg
278 Chinas und dem aggressiven Gebaren Russlands begegnet.

279
280 Die Erfahrung zeigt ganz eindeutig: Der beste Schutz für deutsche und europäische
281 Außengrenzen, die verlässlichsten Partner für Deutschland und die EU, die wichtigsten
282 Handelspartner (gemessen an ihrer Bevölkerungsgröße), die eifrigsten Verbündeten in
283 multilateralen Fora sind **rechtstaatliche, liberale Demokratien**. Werteorientierte Außenpolitik
284 ist deckungsgleich mit interessengeleiteter, strategischer deutscher Außenpolitik. Auch
285 deshalb begrüßen wir das unter der deutschen Ratspräsidentschaft eingeführte horizontale
286 Menschenrechtssanktionsregime der EU und fordern dessen aktive Anwendung. Der Preis für
287 Verbrechen gegen die Menschlichkeit muss erhöht werden.

288
289 Unser Außenhandeln benötigt ausreichend Mittel. Wir bekennen uns zum **3%-Ziel** für den
290 gesamten Haushaltsansatz der Sicherheitspolitik, von Auswärtigem Amt, BMVg bis BMZ. So
291 bleibt genug Flexibilität, um Schwerpunkte nach akuten Bedürfnissen zu setzen.

292
293 Wir bekennen uns zum deutschen Engagement für den **Multilateralismus**. Gerade deswegen
294 sollte Deutschland eine mutige Vorreiterrolle bei der Reform vieler multilateraler Strukturen
295 übernehmen. Der UN-Sicherheitsrat ist meist handlungsunfähig, der Menschenrechtsrat voller
296 Verbrecher und der IStGH legt falsche Schwerpunkte. Hier muss Deutschland ansetzen, das
297 ist die deutsche Außenpolitik diesen Institutionen schuldig.

298
299 Als JU erkennen wir Sicherheit als multidimensionales Politikfeld an – die Trennung zwischen
300 **innen und außen** ist Makulatur, das zeigte schon die Flüchtlingskrise. Tschetschenische
301 Banden unter Führung von Kadyrow-nahe Milizionären, nordkoreanische Devisenbeschaffer
302 und thailändische Könige auf Dauerurlaub haben uns deutlich gemacht, dass Außen- und
303 Innenpolitik bei den meisten Sujets Hand in Hand arbeiten müssen. Deshalb sind wir für einen
304 Ausbau der Zusammenarbeit zwischen BND, BfV, BKA, BMI und Auswärtigem Amt.

305
306 Die Junge Union Potsdam-Mittelmark befürwortet den Aufbau einer **Europäischen Armee**,
307 bestehend aus Soldaten aller Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Damit würde die
308 Europäische Union international mit einer Stimme auf Verteidigungsebene sprechen und
309 etwas zur Einigkeit untereinander beitragen.

310 Finanzen und Wirtschaft

311 **Finanzen**

312 Die Junge Union Potsdam-Mittelmark bekennt sich zu soliden Finanzen und einer
313 nachhaltigen Wirtschaftsweise. Gemäß dem Leitsatz „Die Schulden von heute sind die
314 Steuern von morgen“ sollten die öffentlichen Haushalte ausgeglichen sein und der
315 Schuldenabbau weiterverfolgt werden. Wir stehen uneingeschränkt zur „**schwarzen Null**“ –
316 auf allen Ebenen. Eine Verschuldung ist nur kurzfristig und im Zuge der Finanzierung von
317 langfristigen Investitionen zu akzeptieren. Wir sprechen uns dafür aus, die Steuerlast bei
318 Privaten und Unternehmen in den kommenden Jahren zu reduzieren. Zur
319 **Generationengerechtigkeit** gehört es, dass man nicht auf Kosten zukünftiger Generationen
320 lebt. Insbesondere junge Menschen, Familien und Unternehmen sollten steuerlich entlastet
321 werden. Zudem befürworten wir eine **Vereinfachung des deutschen Steuersystems**. Für
322 uns gilt das Prinzip der **Leistungsgerechtigkeit**. Wer mehr arbeitet, muss auch mehr davon
323 haben.

324

325 **Wirtschaft**

326 Die Wirtschaft ist das Rückgrat unserer Gesellschaft und unseres Landes. Im Zentrum einer
327 nachhaltigen Wirtschaftspolitik steht für uns nach wie vor die **Soziale Marktwirtschaft**. Dazu
328 gehören einerseits die **Vorsorge** und die ausreichende finanzielle Ausstattung der **sozialen**
329 **Sicherungssysteme** und andererseits das **Leistungsprinzip** und die wirtschaftlich freie
330 Entfaltung eines jeden Bürgers. Wir setzen eher auf eine **Privatwirtschaft** als auf eine
331 Staatswirtschaft. Der Staat ist lediglich ein Korrektiv des Marktes und sollte vorrangig
332 Aufgaben der kommunalen Daseinsfürsorge und der sozialen Sicherung übernehmen.
333 Überlebenswichtige Bereiche, wie z. B. die Wasserversorgung, sollte der Staat hingegen nicht
334 aus der Hand geben.

335

336 Zu einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik gehört auch die **Förderung wirtschaftsschwacher**
337 **Regionen** in Deutschland und Europa. Hierbei setzen wir auf die Hilfe durch Selbsthilfe statt
338 auf ein Gießkannen-Prinzip.

339

340 Um die freie Entfaltung der Wirtschaft sicherzustellen, sollten nicht notwendige **bürokratische**
341 **Hürden abgebaut** und junge Menschen dazu ermutigt werden, sich unternehmerisch zu
342 betätigen.

343

344 **Das Rückgrat der deutschen Volkswirtschaft sind kleine und mittelständische**
345 **Unternehmen**. Diese müssen stärker unterstützt und gegebenenfalls auch vor schädlichen
346 internationalen Einflüssen (feindliche Übernahmen etc.) geschützt werden. Zudem muss der
347 Gesetzgeber eine Antwort auf die zunehmende Monopolisierung bestimmter Geschäftsfelder,
348 wie etwa in der Telekommunikations- und Tech-Branche, finden.

349 **Energiepolitik**

350 Für ein Industrieland wie Deutschland, ist eine **sichere Energieversorgung** essenziell. Vor
351 allem bei steigendem Energiebedarf müssen wir einen Ausbau der Energieträger und des
352 Netzes sichern. Wir sind der Meinung, dass die Möglichkeiten geprüft werden sollten,
353 Photovoltaikanlagen auf Gebäuden der öffentlichen Hand zu installieren. Des Weiteren
354 möchten wir, aus ökologischer Sicht, eine autarke Stromversorgung im privaten Sektor fördern
355 und vorantreiben.

356
357 Energie für Privathaushalte wie auch für die Industrie, muss **günstig und nachhaltig**
358 bereitgestellt werden. Um diese Ziele gewährleisten zu können, darf Deutschland von keiner
359 Großmacht abhängig sein. Unsere Energie müssen wir zu größtem Teil selbstproduzieren und
360 wo Importe notwendig sind, darf keine Abhängigkeit entstehen.

361
362 Grundsätzlich unterstützen wir den Ausstieg aus der Atomenergie wie sie heute betrieben wird.
363 Gleichzeitig sind wir aber offen, für **Alternativen in der Kernenergie** (z. B. Kernfusion). Für
364 uns steht fest, dass die heute zur Verfügung stehenden regenerativen Energien nicht der
365 Endzustand der Entwicklung sein werden. Um der rasanten Erderwärmung entgegenzuwirken,
366 ist ein schneller und sozial akzeptabler **Ausbau von regenerativen Energien und des**
367 **Verteilernetzes** allerdings unausweichlich. Dabei liegt unser Fokus darauf, den engen
368 Austausch mit Anliegern und Beteiligten zu pflegen, sowie deren Ängste und Nöte
369 miteinzubeziehen. Energieproduktion darf nicht auf Lasten der Lebensqualität Einzelner
370 gehen. Sollte die Energieproduktion die Lebensqualitäten einzelner einschränken, liegt es in
371 unserem Interesse Kompensationsmaßnahmen anzubieten (Lärmschutz, Vergünstigungen
372 von Energiepreisen).

373
374 Der Standort Deutschland ist für einige aktuelle regenerative Energieformen nicht gut geeignet
375 (z.B. Solarenergie). Hier präferieren wir **Kooperationen** mit Ländern, die eine bessere
376 geographische Lage haben. Vor allem der Transport und die Speicherung von elektrischer
377 Energie, muss besser und effizienter werden. Dafür ist eine Technologieoffenheit nötig, sowie
378 große Investitionen in die Forschung (z. B. Wasserstoff). Vor allem die Produktion von
379 modernen **Akkumulatoren** muss nachhaltig und sozial sein und darf nicht zu Leid in den
380 Produktionsländern führen.

381
382 Wir fordern eine schnelle **Erneuerung von energieintensiven Anlagen** in Deutschland (z.B.
383 Öl-Heizung, alte Elektrogeräte). Der **Verbrennungsmotor** ist weiterhin die effizienteste Art der
384 Fortbewegung. Ein Hauptaspekt ist dabei, den Verbrennungsprozess so nachhaltig wie
385 möglich zu gestalten. Zu erreichen ist das mit **klimaneutralen Kraftstoffen** sowie mit
386 sparsamen Motoren. Auch bereits in Betrieb genommene Motoren können vielseitig auf- oder
387 umgerüstet und damit klimaneutraler oder sogar emissionsfrei werden. Wir begrüßen die
388 Bestrebungen der regiobus GmbH aus PM, die bereits klimaneutrale Kraftstoffe in ihren
389 Bussen einsetzen.

390
391 Deutschland soll ein Vorbild im Bereich der Energiepolitik sein. Mit nachhaltigen und
392 innovativen Technologien müssen wir unsere **Wirtschaft fit für die Zukunft** machen. Diese
393 Technologien sollen weltweit eingesetzt werden und zu einer Reduktion des CO₂-Ausstoßes
394 führen.

395 Bildung und Wissenschaft

396 **Grundsätzliches**

397 Eine gute Bildung ist Schlüssel für Wohlstand, sichere Jobs und eine gesellschaftliche
398 Teilhabe. Ausgehend vom **christlichen Menschenbild** ist Bildung für uns nicht nur
399 faktenbasiertes Lernen. Bildung hat auch die Aufgabe, gemeinsame Grundüberzeugungen,
400 gemeinsame Werte, Urteilskraft und kritisches Denken zu vermitteln. In Kita, Schule und
401 Ausbildung erfolgt die **Persönlichkeitsbildung** und es werden die Grundlagen für eine
402 Orientierung in einer zunehmend komplexen Welt gelegt. Als Christdemokraten sind wir uns
403 der unterschiedlichen Begabungen jedes einzelnen Menschen bewusst. Wir wollen deshalb
404 jedem die **gleichen Chancen zu Bildung und Wohlstand** ermöglichen. Dabei heißen gleiche
405 Chancen jedoch nicht gleiche Ergebnisse. Wir wollen, dass sich Leistung lohnt und nicht
406 Herkunft, Besitz oder Beziehungen entscheiden. Wir stehen deshalb für ein differenziertes und
407 durchlässiges Bildungssystem.

408 **Frühkindliche Bildung**

409 Gute Bildung beginnt mit einer qualitativ hochwertigen Bildungsarbeit und Betreuung in
410 Krippen, Kindertagesstätten und Kindertagespflege. Kinder brauchen besonders in der
411 frühkindlichen Phase eine intensive und vor allem möglichst individuelle Betreuung. Ziel sollte
412 es sein, den Personalschlüssel soweit es geht abzusenken, um eine möglichst individuelle und
413 qualitativ hochwertige Betreuung im Kindergartenalter zu garantieren. Dies kann allerdings nur
414 gelingen, wenn genug Erzieher zur Verfügung stehen. Land, Kommunen und die jeweiligen
415 Träger sollten deshalb eng zusammenarbeiten, um den **Erzieherberuf attraktiver** zu machen.
416 Erzieher sollten eine **faire Vergütung** erhalten. Das fängt bereits in der Ausbildung an. Wir
417 stehen hinter dem Prinzip des lebenslangen Lernens und erwarten deshalb auch
418 kontinuierliche Fortbildungsangebote für Erzieher im Landkreis Potsdam-Mittelmark und ganz
419 Brandenburg. Auch die Schaffung neuer Kita-Plätze ist von zentraler Bedeutung. Hier
420 brauchen Kommunen Unterstützung vom Land. Wir wollen es jungen Familien erleichtern,
421 Familie und Beruf unter einen Hut zu kriegen. Deshalb ist es unser Ziel, dass jede Familie
422 einen Betreuungsplatz erhält, wenn sie das wünscht.

424 **Schule**

425 **Chancengleichheit** und das **Leistungsprinzip** sind zentrale Bestandteile unserer
426 Bildungspolitik. Jedes Kind in Brandenburg soll die besten Voraussetzungen haben, um Talent
427 und Leistung optimal zum Vorschein treten zu lassen. Nicht zuletzt sorgt eine fundierte Bildung
428 zu **gesellschaftlicher Teilhabe und Demokratieverständnis**. Die Bildungsangebote müssen
429 modern und digital werden. Wir wollen die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss verringern.
430 Auch in abgelegenen Teilen Brandenburgs muss es möglich sein, die entsprechende
431 Schulform zu besuchen. Deshalb sprechen wir uns für die Sicherung der Schulstandorte aus
432 und lehnen die Schließung von Schulen, besonders in ländlichen Gebieten ab. Als zentrales
433 Problem sehen wir zudem die **hohen Unterrichtsausfallquoten** an. Wir fordern die
434 Landesregierung daher auf, die Zahl der Lehrer konstant zu halten und – sollten
435 Lehrermodellrechnungen in der Zukunft neue Bedarfe ergeben – diese zu erfüllen. Auch der
436 Lehrerberuf in Brandenburg muss attraktiver gestaltet werden, um auch Lehrer in ländlichen
437 Regionen zu gewinnen. Auch im Bereich der Schule müssen Möglichkeiten geschaffen
438 werden, um Familien die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern.

440
441 Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie weit wir weiterhin mit der Digitalisierung der Schulen
442 zurückstehen. Wo es sinnvoll ist brauchen wir eine **digitale Lernumgebung** für jede Schülerin
443 und jeden Schüler. Ebenso sollte das Erlernen digitaler Kompetenzen fester Bestandteil des
444 Lehrplans werden. Wir fordern die Schaffung einer einheitlichen Schulcloud. Ebenso wichtig
445 ist es uns, dass die Zeit des Nationalsozialismus, der deutschen Teilung und die
446 Wiedervereinigung eine wichtige Rolle im Geschichtsunterricht spielen. Alle Schüler in
447 Brandenburg sollten in ihrer Schulzeit mindestens einen **Erinnerungsort** des
448 Nationalsozialismus und einen der DDR-Zeit im Rahmen des Unterrichts besucht haben.

449 **Ausbildung**

450 Wir sehen eine Ausbildung als gleichwertig zu einem Studium an. Viele Ausbildungsplätze
451 bleiben in Brandenburg unbesetzt, obwohl sich hier oftmals eine sichere berufliche Perspektive
452 bietet. Wir wollen Schüler in Brandenburg daher bereits frühzeitig auf unterschiedliche
453 Berufsfelder aufmerksam machen und Neugier und Interesse wecken. Insbesondere im
454 Bereich Pflege und Gesundheit, aber auch für den Erhalt unserer vielfältigen kleinen und
455 mittelständischen Unternehmen, werden dringend Auszubildende gesucht. Wir wünschen uns
456 eine frühe **zentrale Bekanntmachung von Ausbildungsmöglichkeiten** in der Region. In
457 diesem Zusammenhang müssen auch kleine und mittlere Unternehmen stärker unterstützt
458 werden. Zu einer attraktiven Ausbildung gehört auch die unkomplizierte Erreichung der
459 Lernorte, insbesondere durch den öffentlichen Personennahverkehr. Wir sehen das Modell
460 der dualen Ausbildung als sehr erfolgreich an und wünschen uns hier eine Stärkung und
461 Weiterentwicklung dieser Angebote.

462

463 **Wissenschaft und Forschung**

464 Unsere **Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen** sind ein
465 **Aushängeschild** des Landes. Das Ziel einer zukunftsfähigen starken Hochschule, welche
466 auch international mithält, kann nur dadurch erreicht werden, dass jede Hochschule zunächst
467 für sich selbst ein **Profil** herausbildet und dieses in einem zweiten Schritt auch umsetzt. So
468 hat die Brandenburgische Technische Universität (BTU) Cottbus-Senftenberg bei der
469 Gestaltung der Strukturentwicklung in der Lausitz eine hohe Bedeutung, die weiterhin
470 ausgebaut und gefördert werden sollte. Für alle Brandenburger Hochschulen gilt:
471 Grundfinanzierung sowie die Finanzierung von Lehre und Forschung muss zu jeder Zeit
472 garantiert sein. Besonders in der Landeshauptstadt Potsdam sehen wir einen großen Mangel
473 an studentischen Wohnmöglichkeiten. Es sollte geprüft werden, ob die Etablierung eines
474 attraktiven Studentenwohnheims oder -dorfes in unmittelbarer Nachbarschaft und damit im
475 Landkreis Potsdam-Mittelmark möglich ist. Auch hier wäre eine gute Anbindung an Potsdam
476 sowie Berlin vorhanden. Auch in der Hochschullehre ist die Digitalisierung allgegenwärtig.
477 Sowohl die Lehre als auch die Forschung müssen digitaler werden. Besonders im Bereich der
478 Forschung kann eine fundierte Open-Access-Strategie die europäische und internationale
479 Zusammenarbeit stärken.

480 **Kommunales**

481 **Kommunale Daseinsvorsorge**

482 Wir setzen uns für eine **Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung** ein. Hierbei soll der
483 Grundsatz gelten, dass alles, was die Gemeinden in eigener Angelegenheit regeln können,
484 von diesen auch geregelt wird. Der Landkreis soll lediglich überörtliche Aufgaben
485 wahrnehmen, die von den Städten und Gemeinden nicht selbst oder in regionaler
486 Zusammenarbeit nicht wahrgenommen werden können. Insbesondere für die ländlichen
487 Regionen von Potsdam-Mittelmark befürworten wir eine **Stärkung der Ortsteile**, die sich etwa
488 durch eine bessere finanzielle Ausstattung (Ortsteilbudget) niederschlagen kann.

489
490 Der Landkreis und die Gemeinden sollten sich zunächst auf Pflichtaufgaben konzentrieren und
491 Raum für private Vorhaben schaffen. Hierfür können **Public-Private-Partnerships** sinnvoll
492 sein.

493
494 Als Pflichtaufgabe der Kommunen kommt dem **Brand- und Katastrophenschutz** eine große
495 Bedeutung zu. Daher fordern wir moderne und gut ausgestattete Rettungs- und Einsatzkräfte.
496 Dazu gehören Berufs- als auch Freiwillige Feuerwehren sowie Rettungsstellen. Um
497 sicherzustellen, dass sich junge Menschen für ein **Ehrenamt in der freiwilligen Feuerwehr**
498 entscheiden, müssen wir Freiwillige Feuerwehren finanziell besser ausstatten und die Arbeit
499 der Feuerwehrmänner und -frauen stärker würdigen.

500
501 Viele Menschen in Potsdam-Mittelmark halten unseren Landkreis durch ihr gesellschaftliches
502 Engagement am Laufen. Wir sprechen uns dafür aus, ideelle Förderangebote durch
503 Workshops, Weiterbildungen, Lehrgänge oder Trainingsangebote für ehrenamtliche Tätige
504 auszubauen.

505
506 **Haushalt der Kommunen**

507 Solide kommunale Finanzen sind die Grundlage für stabiles Wachstum. Die
508 Lebensverhältnisse innerhalb von Potsdam-Mittelmark sollten gleichwertig sein. Die
509 **Haushaltssituation** finanzschwächerer Kommunen sollte in erster Linie nicht durch
510 Transferleistungen, sondern durch die gezielte Ansiedlung von steuerpflichtigem Gewerbe
511 konsolidiert werden. Zudem sollte darauf geachtet werden, dass zwischen dem Landkreis und
512 den Gemeinden keine finanzielle Schiefelage entsteht. Die **Kreisumlage** sollte so bemessen
513 sein, dass sie für die Finanzierung der kreislichen Aufgaben ausreicht und gleichzeitig den
514 Gemeinden genügend finanziellen Spielraum für eigene Investitionen gibt.

515
516 Der Landkreis sollte eine **übergeordnete Beratungs- und Koordinierungsstelle zur**
517 **Beschaffung von Fördermitteln** einrichten, an die sich die Gemeinden wenden können.
518 Damit sollen die Gemeinden entlastet und Synergieeffekte genutzt werden.

519
520 **Interregionale Zusammenarbeit**

521 Wir setzen uns für eine **stärkere interregionale Zusammenarbeit** in Potsdam-Mittelmark ein.
522 Diese kann sich von interregionalen projektbezogenen Vorhaben bis zur Gründung von
523 gemeinsamen Zweckverbänden oder kommunalen Unternehmen erstrecken. Aber auch der
524 Austausch und Wissenstransfer unter den Verwaltungen und Gemeindevertretungen gehören
525 zur interregionalen Zusammenarbeit. Desweiteren soll sich darum bemüht werden, auch im
526 privaten Sektor durch entsprechende Vermittlungsangebote von kommunaler Seite
527 Kooperationen zu fördern.

528 **Digitalisierung**

529 Potsdam-Mittelmark braucht eine moderne und leistungsfähige digitale Infrastruktur in allen
530 Regionen als Voraussetzung für die positive gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung.
531 Investitionen in diese Infrastruktur und integrierte Konzepte, die alle Bereiche des Lebens der
532 Bürger zusammenführen, sind dabei der **Schlüssel für eine erfolgreiche Strukturpolitik** im
533 ganzen Landkreis. Um dieses umfangreiche Vorhaben zu organisieren und für alle Beteiligten
534 planbar zu gestalten, brauchen wir in Potsdam-Mittelmark eine integrierte
535 Digitalisierungsstrategie.

536
537 Die **Digitalisierung** muss in unserem Landkreis **sozialverantwortlich und bürgernah**
538 gestaltet werden. Digitale Formate bieten daher eine sinnvolle Ergänzung aber nie einen
539 Ersatz zum persönlichen Kontakt. Dieser Aspekt ist nicht nur für ältere Menschen von
540 Bedeutung, sondern betrifft den Zusammenhalt unserer gesamten Gesellschaft.

541
542 Wir setzen uns für einen flächendeckenden und lückenlosen **Glasfaserausbau** in Potsdam-
543 Mittelmark ein, der die Grundlage für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung in unserem
544 Landkreis bietet.

545
546 Die Grundlage hierzu bietet die Kooperation kommunaler Träger und Institutionen mit
547 strategischen Partnern vor Ort. Dabei muss die **kommunale Digitalisierung immer**
548 **schnittstellenfähig** sein, um eine möglichst reibungslose Harmonisierung mit anderen
549 Systemen langfristig zu gewährleisten. Desweiteren befürworten wir ein bedarfsgerechtes
550 Netz an **Co-Working-Spaces** im ganzen Landkreis. Dies soll auch zur **gesellschaftlichen**
551 **Vernetzung** innerhalb der ländlich geprägten Städte und Gemeinden beitragen. Darüber
552 hinaus sollen im ländlichen Raum angrenzende Gemeinden mit gemeinsamen Lösungen
553 besser miteinander vernetzt werden, um Synergieeffekte bei Verwaltungsaufgaben zu nutzen
554 und einen kommunalen Wissenstransfer sicherzustellen.

555
556 **Digitale Verwaltung**
557 Die Verwaltungen des Landkreises als auch der kreisangehörigen Städte und Gemeinden
558 müssen weiter digitalisiert werden. Die Digitalisierung soll dazu beitragen,
559 **kommunalpolitische Entscheidungen und Verwaltungshandeln bürgernah** zu gestalten.
560 Das digitale Angebot für Bürger sollte erweitert werden – etwa durch digitale Sprechstunden
561 mit Bürgermeistern oder Ortsvorstehern.

562
563 Nach dem Onlinezugangsgesetz sollen bis Ende 2022 die wichtigsten 575
564 Verwaltungsleistungen umfassend und besonders nutzerfreundlich digitalisiert werden.
565 Darüber hinaus sollten soweit möglich und sinnvoll alle Verwaltungsleistungen auf Kreis- und
566 Gemeindeebene digitalisiert werden. Die **Datensouveränität** der Antragsteller und Beteiligten
567 ist als hohes Gut zu betrachten und dementsprechend zu behandeln. Die zunehmende
568 Digitalisierung muss behutsam auf kommunaler Ebene umgesetzt werden. Das bedeutet, dass
569 sowohl Verwaltungsmitarbeitern als auch Bürgern eine angemessene Zeit einzuräumen ist,
570 um sich mit den neuen Systemen vertraut zu machen. In Ausnahmefällen kann auf analoge
571 Formen der Verwaltung zurückgegriffen werden.